

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Dem Frieden verpflichtet – Friedens- und Konfliktforschung stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wissenschaft und Forschung leisten wesentliche Beiträge zur Friedenssicherung, Gewalt- und Krisenprävention sowie zur Lösung von Konflikten, indem unter anderem daran gearbeitet wird, Konfliktursachen und Gewaltdynamiken zu analysieren, Grundvoraussetzungen für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit zu definieren oder friedliche Lösungsansätze für Konflikte herauszuarbeiten. Diese wissenschaftliche Expertise ist für Regierung, Parlament und Gesellschaft unverzichtbar, um eine verantwortungsvolle Entscheidung finden zu können. Trotz zahlreicher politischer Erfolge im Bereich der Konfliktbewältigung in den letzten Jahrzehnten benötigt die Politik, insbesondere aufgrund der aktuell deutlich angestiegenen sicherheits- und friedenspolitischen Herausforderungen, kontinuierlich neue bzw. fallspezifische wissenschaftliche Erkenntnisse zur friedlichen Krisen- und Gewaltprävention, Konfliktbearbeitung und Konfliktnachsorge.

Mit dem „Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ (HSFK), mehreren Universitätslehrstühlen wie beispielsweise beim Institut für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München und dem Lehrstuhl für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam, Instituten wie dem „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg“ (IFSH) oder dem „Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen“ (INEF), Einrichtungen wie der „Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit“, dem GIGA German Institute of Global and Area Studies/Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien und der „Berghof Foundation“ und Verbänden wie dem Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS) existieren in Deutschland exzellente und international anerkannte wissenschaftliche Einrichtungen, in denen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler intensiv mit Friedens- und Konfliktforschung befassen.

Darüber hinaus verfügt Deutschland mit der „Deutschen Stiftung Friedensforschung“ (DSF) über eine Einrichtung mit spezialisiertem Know-how in der praxisrelevanten Forschungsförderung, der Vernetzung von Forschungsarbeiten und dem Transfer von Erkenntnissen sowie der strukturellen Entwicklung der einschlägigen wissenschaftlichen Kapazitäten. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Deutsche Stiftung Friedensforschung 2016 ihre Struktur sowie die Satzung reformiert hat.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt ebenfalls die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. So wird z. B. die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung institutionell über die Leibniz-Gemeinschaft mitfinanziert. Das BMBF leistet zudem über seine Projektförderung wesentliche Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Aktuelle Beispiele entsprechender Vorhaben sind der von der Universität Bonn koordinierte Verbund „Crossroads Asia“ (untersucht das Wechselspiel zwischen gesellschaftlichen Figurationen und Mobilität anhand der Dimensionen „Konflikt“, „Migration“ und „Entwicklung“), der vom Centre Marc Bloch in Berlin koordinierte Verbund „Phantomgrenzen in Ostmitteleuropa“ (untersucht nicht mehr existente Grenzen, die dennoch den ostmitteleuropäischen Raum strukturieren und Konflikte verursachen), das Imre Kertész Kolleg an der Universität Jena (forscht zur Geschichte des östlichen Europa im 20. Jahrhundert, u. a. mit dem Schwerpunktthema Krieg, Gewalt und Unterdrückung), das Käte Hamburger Kolleg „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“ des Centre for Global Cooperation Research der Universität Duisburg-Essen (forscht zu globalen Kooperationen als Schlüssel zur Bearbeitung transnationaler Probleme) und das von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung koordinierte Projekt Salafismus in Deutschland (forscht zur Entstehung des gewaltbereiten Salafismus in Deutschland). Auch in anderen Fachprogrammen werden spezifische Aspekte der Friedens- und Konfliktforschung eingebunden (z. B. im Rahmen der Sicherheitsforschung Aspekte der Terrorismusbekämpfung).

In der deutschen Friedens- und Konfliktforschung werden heute geistes- und sozialwissenschaftliche, juristische, aber auch naturwissenschaftliche und technische Fragen und Lösungsansätze bearbeitet, wovon wiederum sehr unterschiedliche Politikbereiche profitieren können.

In Anbetracht der enormen Zerstörungswirkung von Konflikten und des daraus resultierenden menschlichen Leids sind eine weitere Stärkung des gesamten Spektrums der Friedens- und Konfliktforschung sowie deren stärkere fruchtbare Vernetzung untereinander sowie mit anderen Forschungsfeldern, etwa den Regionalstudien, notwendig. Mit der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in den Beschlüssen zum Bundeshaushalt 2014, 2015 und 2016 hat der Deutsche Bundestag einen wichtigen Schritt zum Ausbau dieser Förderung getan. Eine gezielte finanzielle Förderung der Friedens- und Konfliktforschung ist auch in den kommenden Jahren zur Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung in ihrer disziplinären Vielfalt und Breite sowie interdisziplinärer und praxisorientierter Forschung zur Lösung drängender Probleme erforderlich.

Wichtig sind dabei insbesondere gezielte Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zum Ausbau der wissenschaftlichen Politikberatung. Eine zeitnah in Auftrag zu gebende unabhängige Evaluation sollte Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Forschungsfelds geben. Angesichts von Kostensteigerungen im Bereich Personal- und Sachleistung in den letzten Jahren, der aktuell schwierigen Kapitalmarktlage sowie neuer Herausforderungen des Forschungsfeldes sollen dabei auch die strategischen Zukunfts- und Handlungsoptionen für die Deutsche Stiftung Friedensforschung überprüft werden. Darüber hinaus muss Spielraum vorhanden sein, um in regelmäßigen Abständen neue thematische Förderschwerpunkte einzurichten, damit wissenschaftlich auf hochaktuelle und strukturelle Themenstellungen adäquat reagiert werden kann. Aktuelle Themen sind zum Beispiel Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Zeiten des Wandels und der friedlichen Bewältigung großer inner- und zwischengesellschaftlicher Krisen und Konflikte, die Sicherung und Neugestaltung der gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, Fragen der

asymmetrischen Kriegführung oder der Umgang mit und die Abwehr von Angriffen im digitalen Raum und des Terrorismus. Insbesondere in der naturwissenschaftlichen Friedensforschung besteht aktuell aufgrund eines Generationswechsels sowie des Fehlens einer kontinuierlichen finanziellen Förderung die Gefahr eines Verlustes von wissenschaftlichen Kompetenzen. Dabei wird diese sehr anwendungsbezogene und interdisziplinäre Forschung insbesondere von Bundesministerien als externe Expertise gern herangezogen.

Auch bereits bestehende Forschungsprogramme des BMBF und der anderen Ressorts müssen darauf geprüft werden, inwieweit Fragestellungen und Lösungsansätze aus der Friedens- und Konfliktforschung stärker eingebunden werden können.

In einem europäischen Forschungsraum und in Anbetracht vieler grenzüberschreitender Konflikte ist es nur konsequent und wünschenswert, dass diejenigen, die sich mit den vielfältigen Fragen und Themengebieten der Friedens- und Konfliktforschung auseinandersetzen, international und über Fächergrenzen hinweg noch enger zusammenarbeiten. Deshalb muss es ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung sein, in der europäischen Forschungsförderung den Bereich Friedens- und Konfliktforschung aufzuwerten und auszubauen.

Die bestehenden deutschen Institutionen der Friedensförderung und Friedensforschung wie das Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) gGmbH, der Zivile Friedensdienst, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik und die Deutsche Stiftung Friedensforschung haben sich bewährt und sollen stärker in die Politikberatung einbezogen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel

1. die Friedens- und Konfliktforschung weiterhin gezielt zu fördern und ihre Ergebnisse noch stärker in die Arbeit der Bundesregierung auf allen Ebenen einfließen zu lassen;
2. eine stärkere Verbreitung von Erkenntnissen aus der Friedens- und Konfliktforschung durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen, da neue Erkenntnisse aus der Friedens- und Konfliktforschung einen wichtigen Beitrag zur Fundierung der politischen und gesellschaftlichen Debatten leisten können;
3. verstärkt die wissenschaftliche Befassung mit besonders akuten Themenstellungen der Friedens- und Konfliktforschung zu fördern, den wissenschaftlichen Nachwuchs in diesem Bereich zu unterstützen, die Voraussetzungen für wissenschaftsgestützte Politikberatung zu Fragen der Friedens- und Konfliktprävention sowie Konfliktbewältigung zu verbessern, der Friedens- und Konfliktforschung im Titel Geistes- und Sozialwissenschaften im Einzelplan 30 deutliche Sichtbarkeit in den Erläuterungen zu verleihen und auch künftig bei Bedarf interessierte Mitglieder des Deutschen Bundestages durch das zuständige BMBF über relevante Förderaktivitäten zu unterrichten;
4. zu prüfen, inwieweit in weiteren Programmen des BMBF sowie Fördermaßnahmen anderer Ressorts auch Fragestellungen aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung eingebunden werden können;
5. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Friedens- und Konfliktforschung insbesondere im Zuge der Implementierung des Rahmenprogramms „Horizont 2020“ einen breiteren Raum einnimmt;
6. zeitnah eine externe Evaluierung des Forschungsfelds „Friedens- und Konfliktforschung“ unter Einbeziehung aller relevanten deutschen Einrichtungen, inklusive der Deutschen Stiftung Friedensforschung, durch den Wissenschaftsrat in Auftrag zu geben;

7. den internationalen Austausch in der Friedens- und Konfliktforschung weiter zu befördern und hierzu in regelmäßigen Abständen eine internationale Konferenz zu aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Friedens- und Konfliktforschung durchzuführen bzw. zu unterstützen.

Berlin, den 8. November 2016

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Thomas Oppermann und Fraktion